

Die Maske ist gefallen

Der Satz, den der amerikanische Präsident Barack Obama im Gespräch mit der Interviewerin Fareed Zakaria am 1. Februar 2015 im amerikanischen Fernsehsender CNN sagte, hätte eigentlich die Welt erschüttern müssen. Allerdings erregte er verwunderlicherweise kaum öffentliche Aufmerksamkeit. In seinen Bemerkungen zur Krise in der Ukraine bekannte er nämlich mit erstaunlicher Offenheit, dass der Regimewechsel in der Ukraine durch die direkte Einmischung der USA („we had brokered a deal to transition power in Ukraine“) zustande gebracht wurde. Eigentlich hätte das ein jeder ahnen können, der sich nur einigermaßen aufmerksam mit den Ereignissen in der Ukraine beschäftigt, denn hatte nicht Victoria Nuland, Assistant Secretary of State im Dienst des US-Außenministeriums und Beauftragte für Europa und Eurasien, lange schon stolz verkündet, dass die US-Regierung seit Anfang der 90er Jahre 5 Milliarden US-Dollar in der Ukraine investierte, um einen „Regime Change“ zu initiieren.

Ein solches Bekenntnis aus dem Munde des „mächtigsten Mannes der Welt“ war nicht zu erwarten. Vielleicht war ihm dieser Satz einfach so entschlüpft, ohne dass er es bemerkte. Oder aber er hat ihn im Bewusstsein der unangreifbaren Stärke seines Landes und voller Selbstbewusstsein gesagt. Vielleicht dachte er, soll jeder wissen, dass es für das wichtigste Land der Erde keinerlei Hemmschwelle gibt, wenn es gilt, die eigenen Interessen durchzusetzen, Interessen, die auch längst bekannt, auf Erlangung eines durch nichts und niemanden in Frage gestellten oder gar bedrohten Anspruchs auf globale Hegemonie und den ungehinderten Zugriff auf die weltweiten Ressourcen gerichtet sind.

Nun also hat der Yes-we-can Hoffnungs- und Friedensnobelpreisträger ganz offen verkündet, dass es für die amerikanische Politik weder völkerrechtliche Bedenken noch andere Gründe gibt, die imperialen Ziele durchzusetzen. Immerhin war dieses „we had brokered a deal to transition power in Ukraine“ das Geständnis eines Eingriffs in die Souveränität und Integrität eines anderen Landes, einer maßgeblichen Einmischung in die Angelegenheiten eines anderen Staates mit, wie wir wissen, verheerenden Folgen.

Ich frage mich, was sie tun werden, unsere Politiker, angesichts dieser doch verblüffenden Eröffnung aus allerhöchstem Munde. Werden sie den einstigen Hoffnungs-träger zur Einhaltung völkerrechtlicher Normen drängen? Werden sie auf Distanz gehen zum großen Hegemon? Werden sie Sanktionen beschließen, wie sie es im Falle Russlands getan haben, als der Westen die die US-Inszenierung störende Krim-Sezession als einen unzulässigen Eingriff in die Autonomie der Ukraine verurteilte?

Und werden sie aufgrund dieses zugegebenen, von den USA initiierten Putsches die Zusammenarbeit mit den installierten Politiker-Marionetten der Ukraine beenden? Nun ist seit dem historischen Bekenntnis „we had brokered a deal to transition power in Ukraine“ einige Zeit vergangen, ohne dass es in Politik und Medienöffentlichkeit irgend eine Reaktion ausgelöst hätte. Völlig unbeeindruckt werden weiterhin die unterstellten imperialen Gelüste Russlands und Putins gegeißelt, weitere Verschärfungen der Sanktionen und nun mit erhöhtem Nachdruck Waffenlieferungen an die Kiewer Putschregierung gefordert. Waffenlieferungen allerdings gibt es schon länger, was auch nur die wenigsten unserer Meinungsmacher bemerkt haben. Längst schon haben mehrere Nato-Staaten nach Angaben des damaligen ukrainischen Verteidigungsministers Waleri Geletej begonnen, die Regierungstruppen mit Waffen zu beliefern. „Der Prozess der Übergabe läuft“, sagte er dem Fernsehsender 5. Kanal, der dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko gehört (*spiegel online*, 14. September 2014). Die Regierung in Kiew ist zwar pleite, doch kann sie die Waffen mit neuen Krediten von den europäischen Steuerzahlern finanzieren. Bereits vor einiger Zeit hatte der ukrainische Generalstab dem US-Vizepräsident Joe Biden eine Wunschliste für mögliches Kriegsgerät übergeben. Aber die von den USA gewünschte Verschärfung der Krise wird mit bedrückender Beharrlichkeit stets Russland angelastet, um auf dieses Land auch der Ressourcen wegen maßgeblichen Einfluss ausüben zu können. Neben Maßnahmen zur Destabilisierung Russlands wie Sanktionen, den Manipulationen der Finanzmärkte und des Ölpreises gab es aber auch relativ zeitig Bemühungen von europäischer Seite, die Situation zu befrieden. Mit der Kiew-Vereinbarung vom 21. Februar 2014 gelang es, den damaligen Präsidenten der Ukraine Wiktor Janukowytsch und auf Seiten der Opposition Vitali Klitschko von der Partei UDAR, Oleh Tjahnybok von der Partei Allukrainische Vereinigung „Swoboda“ sowie Arsenij Jazenjuk von der Partei Allukrainische Vereinigung „Vaterland“ zu veranlassen, einen Vertrag zu unterzeichnen, der eine friedliche Lösung der Krise ermöglicht hätte. Der polnische Außenminister Radosław Sikorski, der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Eric Fournier, Direktor im Außenministerium Frankreichs, unterzeichneten als Zeugen. Mit der markanten Bemerkung „Fuck the EU!“ wischte Victoria Nuland im Auftrag der Mächtigen in Washington diese Bemühungen vom Tisch. Damit war dieser Vertrag nur noch Makulatur. So wurde „Jaz“ Regierungschef in der von den USA initiierten Putschregierung, und nicht „Klitsch“, der die Unterstützung der Westeuropäer hatte. Jazenjuk ist auch der Begründer der 2007 geschaffenen Open Ukraine Foundation, die von verschiedenen internationalen Partnern wie dem Außenministerium

der Vereinigten Staaten, der NATO, der U.S.-Ukraine Foundation, Chatham House, Swedbank, der „Black Sea Trust for Regional Cooperation“ (ein Projekt des German Marshall Fund) und der National Endowment for Democracy (NED) finanziert wird (*laut Wikipedia*).

Auch das am 5. September 2014 unterzeichnete „Protokoll von Minsk“, dessen erster Absatz einen sofortigen Waffenstillstand vorsah, war das Papier nicht wert, auf das es geschrieben wurde. Die Schuld dafür wies die westliche Lesart einzig den Separatisten zu und natürlich Putin, der sie stützte und stärkte. Doch nie ließ die Kiewer Führung einen Zweifel daran, dass sie trotz der getroffenen Friedensvereinbarungen ihren Militäreinsatz ungebremst fortsetzen würde. In den sogar in den Medien verlautbarten Großoffensiven versuchen nun die ukrainischen Truppen immer wieder, die Ostukraine unter Kontrolle zu bekommen. Allerdings sieht der Kiewer Militärsprecher Andrej Lyssenko in diesen massiven Einsätzen „keinen Verstoß gegen das Minsker Abkommen“. (*spiegel online*, 18. Januar 2015). Und Kiew forciert die Rekrutierung Zehntausender und baut an der Grenze zu Russland gigantische Sperranlagen (*spiegel online*, 24. August).

An der ausweglosen Situation hat der Internationale Währungsfonds (IWF) einen wesentlichen Anteil der Schuld. Laut veröffentlichtem Strategiepapier wird von Kiew zur Sicherung und zum Erhalt seiner mit dem IWF vereinbarten Bailout-Tranchen in einer Gesamthöhe von \$17 Milliarden gefordert, unbedingt die gegen Kiew aufbegehrenden Regionen im Osten und Süden des Landes wieder unter politische und militärische Kontrolle zu bekommen. „Andernfalls dürfte diese Bailout-Zusage im Angesicht einer immer stärker abstürzenden Hrywna sowie einer explodierenden Auslandsverschuldung, die zuletzt die Marke von 140 Milliarden US-Dollar erreichte, auf der Kippe stehen.“ Das meldete *heise online* am 26. August 2014 unter Berufung auf das Council on Foreign Relations.

Im Moment sind die Truppen der Kiewer Machthaber aber nicht sehr erfolgreich. Zwar will man die Soldaten mit Bonuszahlungen zum Kampf gegen die Separatisten motivieren, jedoch laufen diese massenweise davon. Präsident Poroschenko hat deshalb angewiesen, die Ausreisebedingungen für wehrfähige Männer zu verschärfen und Premier Jazenjuk fordert jetzt dringend vom Westen mehr Waffen. Auch deutsche Journalisten plädieren für weitere Aufrüstung. Die USA müssen handeln, verlangt Marcus Pindur am 4. Februar auf deutschlandfunk.de. Sie müssten die Führung übernehmen und auch andere NATO-Länder von diesem Kurs überzeugen. Genau das ist natürlich auch das Anliegen der Scharfmacher in Washington, in vorderer Linie McCain, Joe Biden, hohe US-Generäle und natürlich auch der Nato-Ober-

kommandierende Philip M. Breedlove, der auf der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz gerade erklärt hat, die Möglichkeit einer militärischen Option nicht auszuschließen. Die Vorschläge des russischen Präsidenten Wladimir Putin zur Beendigung des Konflikts in der Ostukraine lehnt er als „vollkommen inakzeptabel“ ab.

Noch aber meint Obama, uns mit seiner in den Medien verbreiteten Zurückhaltung vorgaukeln zu können, dass er eine friedliche Lösung des Ukraine Konfliktes verfolgen würde. Wäre er daran interessiert, hätte es von Anfang an ganz andere Möglichkeiten gegeben. Der von ihm gewählte „deal to transition power in Ukraine“ sagt etwas völlig Anderes. Und wenn nun eintritt, was von den offenen, jetzt immer konkreter und dringender werdenden Kriegsforderungen wichtiger US-Politiker und Militärs zu erwarten ist, dann gnade uns Gott!

(Das gesamte Obama-Interview kann unter <http://cnnpressroom.blogs.cnn.com/2015/02/01/pres-obama-on-fareed-zakaria-gps-cnn-exclusive/> in englischer Sprache nachgelesen werden.)

veröffentlicht bei Ossietzky 4/2015